FREIES GELD FÜR FREIE MENSCHEN

Herbst 2025

www.atlas-initiative.de

Benjamin Mudlack



"Sie wurden nicht gefragt – aber Sie zahlen den Preis!"

Einleitung

www.atlas-initiative.de

Benjamin Mudlack

Was hätten Sie getan, wenn sie Sie gefragt hätten? Wenn sie wirklich gefragt hätten, ob Sie einverstanden sind? Wenn sie Sie – als es noch eine Wahl gab, als es noch etwas zu entscheiden gab – gefragt hätten: Stimmen Sie für oder gegen die Einführung des Euro?

Nun, die ganze Geschichte lief anders. Unser System läuft anders. Sie wurden nicht gefragt, wir wurden nicht gefragt. Ganz Europa bekam eine neue Währung – nicht, weil die Menschen sie wollten, sondern weil sie ihnen von oben verordnet wurde. Über 300 Millionen Menschen wurde gesagt: "So, Stichtag, ab heute ist euer Geld nicht mehr euer Geld, sondern der Euro!"

Der Euro? Nicht, weil die Menschen ihn wollten, sondern weil er ihnen hinterrücks aufgezwungen wurde!

So läuft es bis heute. Positive
Rechtsetzung nennt man das in der
Fachsprache – und das klingt doch
nett, positiv eben ... Aber "positiv"
leitet sich in diesem Zusammenhang
vom lateinischen Wort "positivus" ab,
was so viel wie "gesetzt", "gegeben"
oder "hingestellt" bedeutet. Positive
Rechtsetzung bedeutet: Regeln und
Gesetze werden gesetzt, sie werden
einfach gemacht, das Recht kommt
von oben – ohne Zustimmung der
Bevölkerung.

Naturrechtlich wird Recht gefunden.
Es wird vereinbart, indem sich
Menschen durch Verträge vertragen.
Diese Verträge berücksichtigen die
Interessen sämtlicher Vertragspartner
und so fußen sie auf der freiwilligen
Zustimmung der beteiligten Personen.
All das ist in der heutigen Zeit auf den
Kopf gestellt. So wird Recht heute
nicht freiwillig vereinbart. Es wird
uns, Ihnen, begleitet von

politmedialen Täuschungsmanövern, aufgezwungen.

Ob Euro, Rettungspakete,
Notfallprogramme, Negativzinsen,
Anleihenkäufe, Lockdowns oder
Heizgesetz. Oder jetzt beim digitalen
Euro, eine neue Form von Geld,
diesmal voll digital, programmierbar
und kontrollierbar. Sie werden nicht
gefragt – aber Sie werden die
Konsequenzen tragen müssen.

Sie dürfen es ausbaden, aber mitreden dürfen Sie nicht.

Natürlich erzählen sie Ihnen, das sei notwendig. Alles wird mit schönen Worten verkauft: Fortschritt, Stabilität. "Der Euro ist ein Friedensprojekt!", hieß es. Doch hinter der Fassade passiert etwas anderes: Eine kleine Gruppe entscheidet, Sie müssen folgen.

Aber was, wenn Sie das nicht wollen?

Was, wenn das System – genau so, wie es läuft – nicht zu Ihrem Vorteil ist, sondern zu Ihrem Nachteil? Was, wenn Sie langsam enteignet werden: durch Inflation, durch zentrale Zinsplanwirtschaft, durch politische Entscheidungen, an denen Sie nie beteiligt waren?

Sie verlieren nicht nur Geld, Sie verlieren Zeit!

Was passiert eigentlich, wenn Ihr Geld ständig an Wert verliert?

Dann passiert das, was Millionen Menschen seit Jahrzehnten spüren, aber kaum einer klar benennt: Ihnen wird Zeit gestohlen.

Ein Beispiel: 1970 musste ein Durchschnittsverdiener in Deutschland nur etwa einen Monat arbeiten, um sich 12 Unzen Gold leisten zu können. Heute muss ein Durchschnittslohnbezieher dafür mehr als **zehnmal** so lange arbeiten wie 1970. Und nicht, weil Gold so viel besser geworden wäre, sondern weil das Geld so viel schlechter geworden ist. Eine Unze Gold ist eben eine Unze Gold, aber ein Euro von 1999 ist nicht der Euro von heute. Die Inflation hat ihn in der Qualität gemindert. Die in Gold gerechnete Kaufkraft des Euro ist dramatisch gefallen.

Das Problem: Geldmenge und Preise steigen deutlich schneller als Ihr Lohn. Der Euro verliert Jahr für Jahr an Kaufkraft. Und was politmedial als "Inflationsziel" verkauft wird, ist in Wahrheit eine schleichende Enteignung.

Sie müssen immer mehr arbeiten – für immer weniger.

Nicht weil Sie faul sind. Sondern weil Sie das Inflationssystem arm hält.



Wer entscheidet über Ihr Geld? Wer entscheidet über Ihr Leben?

Geht es um Geld, dann geht es um Sie, dann geht es um die Frage: Wer bestimmt über Ihr Leben?

Geld ist Zeit und Zeit ist Geld!

Sie müssen länger arbeiten, weil das Geld an Tauschwert verliert. Sie haben weniger Zeit für Ihre Familie, Ihre Kinder, Ihre Hobbys, Ihre Freunde. Und dann können Sie sich noch nicht einmal sicher sein, dass die ganze Mühe sich auszahlt, Sie im Alter finanziell abgesichert sein werden, Sie Ihren Kindern Vermögen hinterlassen können.

Es geht nicht nur um Technik oder Politik. Es geht um etwas viel Grundsätzlicheres:

Es geht um Ihr Eigentum, Ihre Familie. Um Ihre Kaufkraft. Um Ihre Lebenszeit.

Wer über Ihr Geld bestimmt, bestimmt über Ihre Zeit, bestimmt über Ihr Leben. Wer Ihnen Ihr Geld stiehlt, stiehlt Ihnen Ihre Lebenszeit.

Aber wer ist das?

Wer bestimmt?

Wer sind diese Zeitdiebe?

Wer stiehlt Ihnen Ihre Freiheit?

Wer sind diese mächtigen Macher, die dennoch meist im Schatten bleiben? Die, die dort im Dunkeln so geschickt ihre Fäden spinnen, dass wir schon ganz genau hinschauen müssen, um zu sehen, wo wir nach dem Willen dieser schattenhaften Puppenspieler uns ins Hamsterrad stürzen und Runde um Runde drehen und dabei

immer ärmer, immer unfreier werden?

Geld ist Zeit und Zeit ist Geld – und es sind die grauen Herren der EZB, die Ihnen beides stehlen!

Die EZB ist nicht die Hüterin der Währung, sie schützt nicht unsere finanzielle Sicherheit. Alles Marketing-Maske, Image-Larven durch Propaganda geschminkt. Die EZB ist keine Naturgewalt, zu der es keine Alternative gibt. Sie ist geschaffen, sie ist gewollt. Sie ist gewollt, um wenigen die Herrschaft über uns viele zu ermöglichen. Es herrscht bei uns ein Geldwesen, das zum Unwesen wird.

Die grauen Herren der EZB sind es, die Schritt für Schritt, Untat für Untat, uns schröpfen, kontrollieren und ins Joch spannen. Die uns gestern und heute berauben, tief in unsere Taschen greifen und uns die Lebenszeit aus dem Mark saugen – und die sich nun anschicken, den ultimativen Coup zu landen, um uns ganz und gar in ihre Fänge zu bekommen.

Was sind das für Untaten und was planen Sie noch? Das erfahren Sie auf den folgenden Seiten – und Sie erfahren, was Sie, was wir alle tun können, um unser Schicksal, unser Leben, unser Geld wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Lassen Sie uns die grauen Herren stoppen!

Die Untaten der grauen Herren von der EZB

10 Untaten www.atlas-initiative.de Benjamin Mudlack



1. Inflation: Euro-Geldmenge fast vervierfacht seit 1999

Viele Menschen denken bei "Inflation" sofort an steigende Preise. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Eigentlich meint Inflation das Aufblähen (lateinisch: "inflare" gleich "aufblähen") der Geldmenge, also das starke Wachsen der Geldmenge – also wie viel Geld in einem Währungsraum wie der Eurozone im Umlauf ist. Und genau hier liegt das Problem: Zwischen 1999 und Ende 2022 hat sich die Geldmenge im Euroraum fast vervierfacht – von rund 4.667 Milliarden auf über 16.000 Milliarden Euro.

Mehr Geld, geringerer Tauschwert!

Wenn viel neues Geld in Umlauf kommt, verliert jeder einzelne Euro an Kaufkraft bzw. Tauschwert. Man könnte sagen: Die Menge steigt, die Qualität sinkt. Ein Euro aus dem Jahr 1999 hat heute nur noch etwa den rein mengenmäßigen Tauschwert von 29 Cent. Das bedeutet: Für das gleiche Geld kann man heute viel weniger kaufen als damals – auch wenn das in den offiziellen Zahlen oft nicht so deutlich wird.

Aber warum kommt viel neues Geld in Umlauf? Weil die EZB neues Geld druckt bzw. es per Buchungssatz mit ein paar Nullen und Einsen auf Computerfestplatten neu schöpft. Und die EZB tut das, weil die staatlichen Akteure davon profitieren:

Durch die steigenden Preise nehmen auch die Steuereinnahmen zu.

Beispiel: Wenn ein Produkt statt 100 nun 120 Euro kostet, steigt automatisch auch der Mehrwertsteuer-Anteil. Auch Löhne und Gehälter steigen – was wiederum mehr Einkommenssteuer für den Staat bedeutet.

Gleichzeitig wachsen auch die Staatsschulden. Und wie durch Zauberhand wächst die Geldmenge oft im ähnlichen Tempo mit. Eine gefährliche Abwärtsspirale für die Euro-Kaufkraft im Portemonnaie der Menschen.

Und die EZB generiert sich, so die erste Untat, als willfährige Erfüllungsgehilfin, die für immer aufgeblähtere Staatsfinanzen sorgt, und nicht als Währungshüterin.

2. Diebstahl: Ausweitung der Geldmenge enteignet die Menschen schleichend



Der Euro wird immer weiter inflationiert (aufgebläht), der Staat profitiert – und wir zahlen die Zeche für das, was uns die EZB als Gelddruckmaschinerie einbrockt.
Statt also, wie es gesagt wird, die Geldmenge so zu steuern, dass es für Wirtschaft und Menschen unproblematisch ist und für Kaufkrafterhalt zu sorgen, wird die Inflation bewusst und vorsätzlich

vorangetrieben und benutzt, um den Staat "durchzufinanzieren".

Wie kann es sein, dass die Menschen glauben, man könne Kaufkrafterhalt gewährleisten, wenn man die Knappheit des Geldes de facto abgeschafft hat?

Die Folge, **die zweite Untat der EZB**, durch Ausweitung der Geldmenge enteignet uns die EZB und das geldgierige Staats(un)wesen.

Was Sie einmal an Geldkaufkraft besaßen, besitzen Sie nun nicht mehr.

Was Sie einmal an Geldkaufkraft besaßen, besitzen Sie nun nicht mehr. Weil sie kraft Staatsmacht und EZB-Dazutun an den Euro gefesselt sind und "Ihre" Euros immer weniger wert sind.

Ein besonders klares Zeichen für den durch Ausweitung der Geldmenge erzeugten Wertverlust des Euro ist der Goldpreis.

1999 kostete eine Unze Gold etwa 250 Euro. Heute liegt der Preis bei über 3.000 Euro. Das bedeutet: In Gold gerechnet ist der Euro um mehr als 90 Prozent gefallen.

Sind das die Zahlen, die für ein Erfolgsmodell sprechen?

Wenn Sie Ihre Ersparnisse im Euro gehalten haben, haben Sie also einen Großteil Ihres Vermögens verloren bzw. an Goldkaufkraft eingebüßt. Nicht weil, es zu einer Katastrophe kam, sondern weil die EZB für die Staaten der Euro-Zone die Gelddruckmaschine angeworfen hat. Tag für Tag, Monat für Monat und Jahr für Jahr ... Einfach schleichend und scheinbar unbemerkt!

Schon seit einigen Jahren sind die Auswirkungen der Politik des hemmungslosen Gelddruckens für die Mittelschicht spürbar. Die Häuserpreise sind im Zuge der Geldschwemme deutlich dynamischer gestiegen als die Einkommen. Ergo kann sich der

Durchschnittslohnbezieher kaum noch Wohneigentum leisten. Einige Menschen, auch diejenigen, die ihren wohlverdienten Ruhestand genießen wollten, sind kaum mehr in der Lage, ihre Lebenshaltungskosten zu bestreiten. Staatliche Kostentreiber, wie z. B. die Einführung der CO₂-Besteuerung, die geplante Erhöhung der Lkw-Maut oder die Erhöhung der Grundsteuer, entfalten zusätzlich ihre negative Wirkung.

Eine negative Wirkung, über die dann noch hinweggetäuscht wird ...

3. Täuschung: EZB spricht von Inflation, meint aber Teuerung



Wie kann es sein, dass die von den Menschen gefühlten und erlebten persönlichen Preissteigerungsraten extrem von den veröffentlichten abweichen? Es ist kein Zufall, dass viele Menschen spüren, dass die offiziellen Zahlen nicht zur Realität passen. Ihre persönliche Preissteigerung ist deutlich höher als die gemeldeten Raten. Das ist das Ergebnis einer unglaublichen Täuschung, der dritten Untat der EZB. Indem die EZB von Inflation spricht, wenn sie Teuerung meint, täuscht sie über das wahre Wesen der Inflation

hinweg: die Ausweitung der Geldmenge, für die die EZB als vorgebliche Währungshüterin maßgeblich verantwortlich zeichnet. Dadurch täuscht sie die Menschen über die Ursache der Teuerung: Die Waren und Dienstleistungen werden nicht deswegen in Euro teurer, weil die Produktion dieser Waren oder die Erbringung dieser Dienstleistungen teurer geworden wäre. Sondern eben deswegen, weil die EZB mehr Geld in Umlauf gebracht hat. Mehr Geld = geringerer Tauschwert dieses Gelds.

Wer den offiziellen Zahlen glaubt, glaubt auch, dass Würfeln eine verlässliche Wissenschaft ist.

Schon Geld als gesetzliches
Zahlungsmittel zu bezeichnen, ist bei
näherer Betrachtung als ein Akt der
Täuschung zu identifizieren. Die
Funktion als Tauschvermittler
entsteht historisch gesehen in der
menschlichen Interaktion und nicht
durch einen Verwaltungsakt, der ein
Gut per Gesetz zu Geld werden lässt.
Wenn die Menschen in der Historie die
Wahl hatten, haben sie sich
beispielsweise sehr oft freiwillig für
Gold und Silber als Tauschgut
entschieden.

Zudem werden wir über die Entwicklung der Teuerung getäuscht, wenn es nötig ist, damit wir ruhig bleiben: So hat das Statistische Bundesamt zum Beispiel 2023 seine Berechnungsmethode des Verbraucherpreisindexes geändert: Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe wurden 2020 mit 233,06 Promille gewichtet, 2021 mit 253 Promille, 2022 mit 252,20 Promille und jetzt im Jahr 2023 nur noch mit 165 Promille. Es liegt auf der Hand und ist gängige Praxis, dass die Preistreiber niedriger gewichtet werden, damit die Teuerungsrate auf Basis des Index sinkt.

Wer den offiziellen Zahlen glaubt, glaubt auch, dass Würfeln eine verlässliche Wissenschaft ist. Die EZB spricht von Inflation, meint aber etwas ganz anderes. Der wahre Schaden entsteht im Portemonnaie. Es ist Zeit, die Dinge beim Namen zu nennen. Und sich nicht länger

täuschen zu lassen oder der Propaganda auf den Leim zu gehen.

4. Propaganda: Meinungsbeeinflussung für eine Ausweitung der Staatsschulden



Immer wieder hören wir: "Wir müssen Schulden machen!" – und "wir" heißt in diesem Zusammenhang: der Staat. Für die sogenannte Klimapolitik, für die Bundeswehr, für Soziales – angeblich gibt es keine andere Lösung. Der Staat braucht mehr Geld, um Aufgaben für uns zu erledigen: das Klima zu schützen, uns zu verteidigen, uns sozial aufzufangen. Wenn staatliche Akteure mehr ausgeben, als sie den Menschen über Steuern und Abgaben abnehmen, dann kann dieser Negativsaldo nur durch neue Schulden ausgeglichen werden. Neue Schulden wiederum erhöhen die Geldmenge, sie

inflationieren das Geld und sorgen später für die schon beschriebene Kaufkraftminderung. Eine armutsbringende Teufelsspirale setzt sich in Gang und sie trifft die Geringverdiener überproportional hart. Deshalb wird die Inflation auch vielfach als Armensteuer bezeichnet. Die Wahrheit ist: Die Staatsschulden steigen immer weiter – auf Kosten der aktuellen und auf Kosten der nächsten Generationen. Und das nicht zu unserem Vorteil, sondern zugunsten der Macht des Staates. Der ist hungrig nach Geld – es ist sein Treibstoff, sein Herrschaftsinstrument. Je mehr Geld,

desto mehr Macht. Und je mehr Schulden, desto mehr Geld kann die EZB drucken.

Deswegen ist es so wichtig, die Menschen, uns, Sie, dahingehend zu beeinflussen, dass wir es für gut und richtig und wichtig halten, dass die Staatsschulden steigen. Diese Beeinflussung federführend zu leisten, ganz vorne in der Propaganda-Maschinerie dabei zu sein, ist die vierte Untat der EZB.

Was, wenn die Propaganda für mehr Staatsschulden Teil der kommenden Mobilmachung ist?

Verniedlichende und irreführende Begriffe wie Sondervermögen, Euro-**Rettung oder Transformation** verschleiern, was tatsächlich geschieht: ein gefährlicher Machtzuwachs des Staates und derer, die ihn und seine Institutionen für ihre Zwecke einspannen. Medien übernehmen diese Begriffe oft unkritisch. Schritt für Schritt verdrängt der Staat die private Wirtschaft. Ressourcen wie Arbeitskräfte, Rohstoffe oder Kapital werden umverteilt. Das führt zu Ineffizienz und wirtschaftlichem Niedergang.

Die finanzielle Beinfreiheit durch neue Schulden ist für Regierungen enorm wichtig. Die Auswirkungen der restriktiven Corona-Lockdown-Politik und die damit verbundenen Umsatzausfälle wurden vornehmlich durch neue Staatsschulden finanziert. Auch die unter großem Einfluss der Finanzindustrie stehende Eurorettungspolitik und die Rettungsaktionen rund um die Finanzkrise nach 2007/08 wurden auf diese Weise finanziert. Ebenso der mittlerweile überbordende Sozialstaat.

Die Finanzierung von Aufrüstung und Krieg geht zumeist mit einer dramatischen Ausweitung der Staatsschulden einher. Was, wenn die Propaganda für mehr Staatsschulden Teil der kommenden Mobilmachung ist? Propaganda beginnt oft leise – ihre Folgen sind laut. Der Blick in die Menschheitsgeschichte sollte die heute lebenden Menschen eigentlich mahnen und demütig stimmen.

5. Ausbeutung: Umverteilung von unten nach oben durch Cantillon-Effekt



Die EZB sorgt dafür, dass viel neues Geld gedruckt wird: Seit der Euro-Einführung hat sich die Geldmenge fast vervierfacht. Der Cantillon-Effekt, benannt nach dem englischen Ökonomen Richard Cantillon (1680– 1734), besagt:

Wenn neues Geld entsteht, profitieren zuerst die, die nah an der Geldquelle sitzen – also Staaten, Banken oder Großunternehmen. Bis das neue Geld bei normalen Menschen ankommt, bei uns, bei Ihnen, sind die Preise oft schon gestiegen. Das ist die fünfte Untat der EZB: So kaufen die, die nah an der Quelle sind, nah an der EZB, früh billig ein – und die breite Bevölkerung erhält das neu geschaffene Geld erst dann, wenn die Preise bereits gestiegen sind. Dieser Umstand ist besonders im Bereich der Vermögensgüterpreise (Immobilien, Edelmetalle usw.) zu beobachten. Die Vermögensgüterpreissteigerungen sind übrigens KEIN Bestandteil der offiziell ausgewiesenen Teuerungsraten.

Ein anschauliches Beispiel für den Cantillon-Effekt ist die Aufrüstung. Eine Regierung macht neue Schulden, um Panzer oder Waffen zu kaufen. Dafür wird neues Geld geschaffen. Dieses fließt zuerst in die Rüstungsfirmen. Sie haben plötzlich höhere Überschüsse und können mit diesen Überschüssen z. B. Immobilien oder Aktien kaufen – zu den dann noch niedrigen Preisen. Mit der Zeit verteuert sich alles, weil die Nachfrage steigt. Doch die Menschen, die erst später an das Geld kommen – etwa durch Lohnzahlungen – müssen dann bereits höhere Preise zahlen. Sie schauen buchstäblich in die viel zitierte Röhre!

Die Nähe zur Geldschöpfungsquelle entscheidet über den Wohlstand!

Nicht nur die Rüstungsindustrie profitiert. Auch während der Corona-Pandemie haben Pharmaunternehmen, Maskenproduzenten oder Produzenten anderer medizinischer Produkte stark verdient – vor allem jene, die eng mit der Politik zusammenarbeiten. Die, die nah an der Quelle sitzen.

Der Cantillon-Effekt zeigt deutlich: Neues geschaffenes Geld verteilt sich nicht leistungsgerecht. Es kommt zuerst bei den Mächtigen und Gutvernetzten an. Normale Bürger spüren nur die Spätfolgen – nämlich steigende Preise und sinkende Kaufkraft. Das ist keine natürliche Entwicklung, sondern eine systematische Umverteilung von unten nach oben. Von arm und fleißig zu kaltblütig und gerissen.

Je mehr Geld über staatliche Programme verteilt wird, desto weniger zählt die freie Entscheidung der Verbraucher. Das gefährdet nicht nur wirtschaftliche Freiheit, sondern auch unternehmerische Eigenverantwortung.

Wer nicht politisch gut vernetzt ist, hat es schwer. Die Umverteilung von unten nach oben wird so zur Regel – nicht zur Ausnahme.

6. Herrschaft: Krieg, Klima und Covid als Vorwand für Rechtsetzung



"Zentralbanken wurden eingeführt, um die Kriegsfinanzierung zu sichern."

Axel A. Weber, ehemaliger Präsident der Deutschen Bundesbank Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine sagte der damalige Bundeskanzler Scholz: "Putin ist schuld an den Preissteigerungen." Politiker und Medien wiederholten diese Aussage oft. Doch so einfach ist es nicht. Natürlich hat der Krieg Einfluss, etwa bei Gas oder Getreide. Aber die eigentliche Ursache für den massiven Kaufkraftverlust liegt tiefer: im Geldsystem selbst. Wer nur äußere Ereignisse wie Krieg oder Pandemie verantwortlich macht, verschleiert das Problem.

Preissteigerungen sind kein Unfall der Geschichte

Wenn die Preise steigen, leiden die Menschen und es kommt zu gigantischen Werteumverteilungen, die wiederum zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung gehen. Viele Menschen denken, diese steigenden Preise wären so was wie ein Naturereignis: plötzlich,

unaufhaltsam, unvermeidbar. Und die, die dies verursachen – und davon profitieren –, tun so, als stimme das. Und warum soll das unvermeidbar sein? Weil eine Abfolge von Zufallsschocks wie die Covid-Krise, der Ukrainekrieg, das Klima, wie die biblischen Plagen über uns kommen und wir uns in dieses Schicksal fügen müssen? Weil es nun einmal einfach so ist, wie es ist, die Zeiten sind schwierig, und die EZB tut ja, was sie als sogenannte Währungshüterin tun kann, um Schlimmeres zu verhindern? Nein. Preissteigerungen sind kein Unfall der Geschichte, sondern Folgen politischer Entscheidungen, und sie wohnen diesem inflationären System inne.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat gemeinsam mit den Geschäftsbanken und auf Basis ihrer Geldpolitik über Jahre riesige Mengen an neuem Geld in Umlauf gebracht und das ist die sechste Untat der EZB: Diese Ausweitung der Geldmenge schädigt das Privateigentum der Menschen und macht sie auf diese Weise abhängig. So wird das Geld als Herrschaftsinstrument missbraucht. Dieser Akt entzaubert die EZB auch als sogenannte Währungshüterin, denn sie ist nichts anderes als die Manifestation der institutionalisierten Geldverschlechterung. Auf den Punkt gebracht ist es noch viel schlimmer. Das ist der institutionalisierte Raub an der leistungsbereiten Bevölkerung. Je mehr Geld die EZB in Umlauf bringt, desto mehr führt sie die Menschen durch die Kaufkraftminderung in die Abhängigkeit und dehnt ihre eigene Macht und die der Regierungen aus. Je geringer die Kaufkraft des Geldes in Ihrer Tasche ist, umso weniger frei sind Sie.

Krieg zerstört Freiheit

Eine freie Marktwirtschaft lebt vom freiwilligen Tausch. Menschen handeln miteinander, weil beide Seiten profitieren, es kommt zu Winwin-Konstellationen. Krieg zerstört diese Freiheit und Krieg zerstört die für den Wohlstand so wichtige internationale Arbeitsteilung. Eine Kriegswirtschaft braucht Zwang: Rationierungen, Preisvorgaben, Eingriffe in den Markt. Auch während der Pandemie zeigte sich, wie schnell der Staat mit Zwang regiert. Ein Zwang, der in den Menschen keine guten Eigenschaften hervorbringt

bzw. schlechte Eigenschaften deutlich verstärkt: Denn über Schulen, Universitäten und staatliche Programme wurden wir seit Generationen auf ein staatsgläubiges Denken geprägt.

Ein staatsgläubiges Denken, das eben auch ein "Fiat-Geld-gläubiges Denken" ist, sodass wir der EZB alle Macht in die Hände geben. Eine Macht, die sie – wie Sie an den Plänen für das digitale Zentralbankgeld sehen – immer engmaschiger und ausgefeilter zu nutzen weiß.

7. Unlauterer Wettbewerb: Unsachliche Propaganda gegen Bitcoin und Bargeld



Wer auf Bargeld setzt, wird schnell als altmodisch abgestempelt oder in der Presse fast schon in die Nähe krimineller Machenschaften gerückt, wenn es heißt: "Es wird vermehrt Bargeld gehortet." – Als ob es kriminell wäre, Bargeld zu Hause zu haben! Private wie staatliche Medien stellen Alternativen zum Euro wie Gold oder Bitcoin oft in schlechtem Licht dar. Bitcoin wird dann als gefährlich oder spekulativ diffamiert.

Ein Grund: Viele Medien gehören Investoren, die vom bestehenden Geldsystem profitieren, und in den staatsnahen Medien treten

vornehmlich staatsnahe Ökonomen auf, die wiederum das Lied der Regierungen singen. Wer die Vorteile von Privatgeld, Gold oder Bitcoin hervorhebt und den freien Geldwettbewerb fordert, findet in den großen Medien kaum Platz. Stattdessen wird Misstrauen gesät, damit das Monopol der EZB nicht ins Wanken gerät – so wird, das ist die siebte Untat der EZB, unter der Herrschaft der Zentralbank der freie Währungswettbewerb mit unlauteren, weil nicht der Wahrheit entsprechenden Mitteln verhindert.

Skandale statt Schutz für Rechtschaffene

Die Kritik an konkurrierenden Geldeinheiten wird oft damit begründet, dass Betrüger Hochkonjunktur erfahren würden. Es wird ein Klima geschaffen, in dem geradezu nach staatlicher Regulierung und Kontrolle gerufen wird, um die Betrüger, die den armen Rechtschaffenen bestehlen, unschädlich zu machen.

Doch die Realität zeigt, dass staatliche Aufsicht keineswegs vor Skandalen schützt. Ob Wirecard, Lkw-Kartell, Geldwäscheskandal der Deutschen Bank, Euribor und Libor-Zinsmanipulationen – immer wieder haben Aufsichtsbehörden und Prüfer versagt.

Das Vertrauen in Regulierung müsste längst erschüttert sein. Regulierung und Kontrolle haben zu oft versagt, die Verstrickungen hochrangiger Staatsvertreter (Cum-Ex-Skandal) sprechen für sich und der auf Neudeutsch als "Track Record" bezeichnete Arbeitsnachweis stellt ein desaströses Zeugnis aus.

Mit aller Macht gegen die Konkurrenz

Anstatt als Währungshüterin die finanzielle Zukunft und Freiheit der Rechtschaffenen wirklich zu behüten – und das würde auch bedeuten, unabhängig von staatlicher Kontrolle und staatlicher Regulierung und allen Machtinteressen zu agieren – setzt sich die EZB dafür ein, die Abhängigkeit der Menschen zu vergrößern.

Wer in Bitcoin oder Edelmetalle investiert, spürt die Abwehrreaktionen des Staates sofort. Gewinne mit Bitcoin, die man vor Ablauf eines Jahres erzielt, werden nicht unerheblich besteuert. Beim Kauf von Geldkandidaten wie zum Beispiel Silber wird zusätzlich Umsatzsteuer fällig. Diese Regeln hat niemand freiwillig beschlossen, sie wurden schlicht auferlegt. Sie wirken wie Strafen gegen alle, die Alternativen zum Euro nutzen wollen. Dabei haben sich die Menschen, wenn sie die Wahl hatten, gerade für Gold und Silber als ihr Geld entschieden. Nicht umsonst sprach man in "deutschen Landen" bis zur

Reichsgründung im Jahre 1871 von einer ungefähr 1.000 Jahre währenden Zeit des Bimetallismus, was besagte, dass in einigen Königshäusern oder Fürstentümern Gold und in anderen Silber als Geld fungierten.

In den Hochzeiten des deutschen Non-Zentralismus zählte man ein konkurrierendes System von bis zu 600 Münzprägestätten. Guthaben und Schulden wurden im harten Geld und nicht im weichen bzw. durch Münzverwässerung (Edelmetallgehalt reduziert) verschlechterten Geld gerechnet. Niemand konnte sich durch den Konkurrenzmechanismus durch Geldverschlechterung entschulden bzw. zu Lasten der Gläubiger oder Allgemeinheit bereichern.

Wer die Geldpolitik der EZB heutzutage infrage stellt, wird schnell abgestempelt und etikettiert. Kritiker der Euro-Politik wurden diffamiert und intellektuell wenig einfallsreich als rechts bezeichnet. Mit Rechten diskutiert man nicht, sie werden vom Diskurs ausgeschlossen und in die Schmuddelecke gestellt. Sie werden regelrecht isoliert.

Diese Herangehensweise ist selbstverständlich nicht mit den Attributen einer aufgeklärten Gesellschaft in Einklang zu bringen – aber sie ist Methode. Die Methode, um Sie ärmer und damit unfreier zu machen.

8. Raubzug: Leitzinserhöhung von 0 auf 4,5 Prozent



Die Zentralbanken geben vor, mit ihren Modellen im Besitz der Wahrheit zu sein – und die Wirtschaft steuern zu können: über den Leitzins und die Steuerung der Geldmenge. Die wirtschaftliche Entwicklung zielgerichtet zu steuern, ist aber schlichtweg nicht möglich, da menschliches Handeln subjektiv und

dynamisch ist. Die Modelle der Zentralbanken aber sind statisch und mit zu vielen Variablen versehen. Es ist unumgänglich, dass Kollateralschäden ausgelöst werden. Außerdem werden durch die Markteingriffe einige wenige Menschen zulasten vieler anderer begünstigt. Dies dennoch zu tun, das ist die achte Untat der EZB.

Systemfehler EZB: Epoche der großen Umverteilung

Um den Folgen der Finanzkrise nach 2007 und der Euro-Krise 2010 zu begegnen, senkte die EZB den Leitzins schrittweise auf 0 Prozent, um die Wirtschaft nach keynesianischem Vorbild zu stimulieren, Inflation (Geldmenge ausdehnen) zu erhöhen und den Euro vorgeblich zu stabilisieren. Es begann die Epoche des Hyper-Interventionismus, der

ultralockeren Geldpolitik und damit integral verbunden, die Epoche der großen Umverteilung von der Mitte und unten zu den oberen Vermögensund Einkommensschichten. Mit Zinsen nahe o Prozent wollte die EZB erreichen, dass Geld nicht auf Sparkonten liegt, dass Privathaushalte und auch die Unternehmen Güter und Dienstleistungen nachfragen.

Kredite waren billig, Häuser, Autos oder neue Fernseher konnten wir mit wenig Zusatzkosten auf Pump kaufen. Sparen lohnte sich kaum. So verführte die EZB über den Leitzins die Menschen, zu konsumieren, dafür Kredite aufzunehmen, sich zu verschulden und nicht zu sparen. Die Preise für Aktien, Immobilien und Vermögenswerte im Allgemeinen stiegen exorbitant.

Dann der Paukenschlag: Innerhalb von 14 Monaten, von Juli 2022 bis September 2023, hob die EZB den Zins in zehn Schritten von 0 auf 4,5 Prozent an.

Das ließ Anleihen, Immobilienpreise usw. einbrechen. Mit diesem Wechselspiel aus lockerer und härterer Geldpolitik erzeugte die Zentralbank künstliche Konjunkturzyklen: Erst gibt es durch billiges Geld einen künstlichen substanzarmen Aufschwung (Boom), der nicht dauerhaft trägt, da er buchstäblich auf Sand gebaut ist. Wenn dann die Inflation steigt, muss die EZB die Zinsen anheben – und der Aufschwung kippt in einen Abschwung (Bust). So entstehen wiederholt Krisen, in denen Firmen pleitegehen und Banken unter Druck geraten. Am Ende konzentriert sich immer mehr wirtschaftliche Macht bei wenigen großen Akteuren.

Heimlich ins Portemonnaie gegriffen

Was geschah mit den Menschen, die der EZB und ihrer Politik vertraut haben?

Für die war es so, als hätte jemand ihr Portemonnaie geöffnet und sich mächtig bedient: Sie hatten zwar noch denselben Lohn, aber auf einmal gingen viel höhere Beträge für Kredite weg.

Die monatlichen Raten für Haus, Auto oder Geschäftskredit stiegen, sofern keine längerfristige Zinsfestschreibung bestand, plötzlich stark. Wer vorher 1.000 Euro Rate hatte, zahlt jetzt vielleicht 1.300 oder 1.400 Euro.

Viele Familien konnten das nicht stemmen und Neubauprojekte waren stark rückläufig. So ging die Zahl der Baustarts von Ende 2022 bis Mitte 2025 um 85 Prozent zurück.
Unternehmen, die eigentlich in neue Maschinen oder Arbeitsplätze investieren wollten, überlegten es sich zweimal. Denn das geliehene Geld wird teurer und die ursprünglichen Kalkulationen gehen nicht mehr auf. Aus geplanten Gewinnen werden Verluste und die Projekte werden

abgesagt und gar nicht erst begonnen. Das bremst die Wirtschaft.

Sie liegen hier also nicht falsch, wenn Sie von "Raubzügen" sprechen.

Weil die Zinsschritte so schnell und heftig kamen, dass kaum jemand sich darauf einstellen konnte. Weil Menschen, die auf stabile Zinsen vertraut haben, plötzlich massiv mehr zahlen.

Weil die Last auf Millionen Bürger verteilt wird, während mächtige Akteure profitieren.

9. Wohlstandsverringerung: Anstieg des Leitzinses belastet die Wirtschaft extrem



Ist der Zins zu niedrig, neigen die Menschen zu einem Überkonsum und geraten schnell in die Überschuldungsfalle. Eine Gesellschaft kann sich nicht vermögend konsumieren, sie kann sich nur vermögend sparen. Dies gelingt dann, wenn vermehrtes Sparen dazu führt, dass in Produktionsgüter investiert wird. In dem Zuge steigt die Produktivität, d.h., der Güterausstoß steigt und die Menschen werden wohlhabender, weil sie Zugang zu einer ständig steigenden Gütermenge erhalten.

Eine Konsumgesellschaft hingegen neigt zu kurzen Produktlebenszyklen. Fernseher und andere Geräte werden durch die niedrigen Kapitalkosten zügiger ersetzt, wodurch es zur Verschwendung von Ressourcen kommt.

Unternehmen geraten ebenfalls in eine Situation der höheren Schuldenquote. Der Fremdkapitalzins erhöht den Kostendruck, weshalb an der Güterqualität gespart wird. Dies geschieht z. B., indem minderwertige Vorprodukte verbaut werden. Die Qualität sinkt und verschiedene Güter müssen dadurch früher ersetzt

werden. Auch dieser Punkt schadet der Umwelt und führt zur Verschwendung von wertvollen Rohstoffen und Ressourcen.

Die neunte Untat der EZB ist nun nicht nur, diese Verschwendung zu

fördern, sondern im Endeffekt dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft geschwächt, der Wohlstand der Menschen verringert und die Umwelt im Zuge der Ressourcenverschwendung massiv geschädigt wird.

Zombieunternehmen bleiben am Leben

Wirtschaftlich betrachtet bedeutet ein sehr niedriger Zins, dass sich plötzlich auch Projekte lohnen, die normalerweise keinen Sinn ergeben würden. Fabriken oder Bauprojekte, die sich zu marktgerechten Zinsen nicht rechnen, sind durch die zu niedrigen Zinsen plötzlich rentabel und werden finanziert und durchgeführt. Das führt zu einer Fehlleitung von Arbeit, Kapital und Rohstoffen. Am Ende wird viel Geld verschwendet – die Volkswirtschaft baut Ungleichgewichte auf und die gesamtvolkswirtschaftliche Produktivität schwindet.

Normalerweise sortiert eine funktionierende Marktwirtschaft schwache Unternehmen und niedrig rentierende Projekte aus. Doch mit den niedrigen Zinsen konnten auch ineffiziente Unternehmen überleben. Fachleute nennen sie "Zombieunternehmen". Diese Unternehmen binden Arbeitskräfte, Maschinen und Rohstoffe, ohne wirklich etwas Wertvolles zu schaffen. Das bremst die Produktivität der gesamten Wirtschaft.

Die Folge: weniger Wohlstand für alle. Denn das Kapital, das in derartigen Unternehmen gebunden ist, fehlt bei innovativen, erfolgreichen Unternehmen, die Arbeitsplätze, Fortschritt und wohlstandsmehrende Produktivitätssteigerungen bringen könnten.

Der harte Gegenschlag: Leitzins rauf

Doch auch die gegenteilige Maßnahme der EZB, der Eingriff in den Finanzmarkt durch Steigerung des Leitzinses im Sommer 2022, schwächt die Wirtschaft.

Nach Jahren der Nullzinspolitik hat die EZB den Kurs rabiat und schnell gewechselt. Weil die Inflation stieg, wurden die Leitzinsen massiv auf 4,5 Prozent angehoben. Investitionen oder

Unternehmensexpansionen sind plötzlich sehr teuer. Unternehmen verschieben Investitionen. Arbeitsplätze entstehen nicht oder fallen weg.

Dies erhöht den Druck auf uns Verbraucher, die durch niedrige Zinsen gelockt Kredite aufgenommen haben, um uns etwas zu leisten. Etwas

zu leisten, das nun immer teurer wird: Die höheren Zinsen führen dazu, dass Unternehmen ihre Kosten weitergeben. Produkte und Dienstleistungen werden teurer, während die Qualität aufgrund des Kostendrucks gleichzeitig abzunehmen droht. Für die Verbraucher heißt das: weniger Kaufkraft, geringere Lebensqualität. Sie sehen das Ergebnis der Interventionen der EZB: weniger Investitionen, schwache Produktivität, steigende Preise – und damit ein Rückgang des Wohlstands. Das ist eben das Problem, das wir uns mit der EZB einhandeln: Wie sie auch agiert, sie agiert qua Definitionem zu unseren Ungunsten, nimmt uns unseren Wohlstand und unsere Freiheit.

10. Elitismus: Im Zuge ihres Hyper-Interventionismus bediente die EZB Partikularinteressen



Die Europäische Zentralbank (EZB) wird oft als "Währungshüterin" bezeichnet. Dieses Wort klingt nach Sicherheit, Stabilität und Schutz. Doch in Wahrheit hat die EZB in den letzten Jahren vor allem Krisen mitverursacht. Durch ihre Politik der extrem niedrigen Zinsen und der massiven Geldschöpfung hat sie den

Tauschwert des Geldes verwässert. Die Kaufkraft der Menschen sank, während die Preise für Energie, Lebensmittel und Wohnen stark anstiegen. Und – dies ist die zehnte Untat der EZB – sie hat mit dieser Sie und uns ruinierenden Geldpolitik die Interessen einzelner Gruppen bedient.

Interventionismus als Dauerzustand

Viele Menschen nehmen die Eingriffe der EZB als selbstverständlich hin. Warum? Weil sie es so gelernt haben, in Schule, Studium, Medien. Immer wieder wird wiederholt: Die Zentralbank sorgt für Stabilität. Doch tatsächlich hat sie durch ihre Politik die Wirtschaft künstlich manipuliert. Zyklen von Boom und Krise wurden nicht verhindert, sondern absichtlich herbeigeführt. Das nützt nicht der Bevölkerung, sondern vor allem großen Finanzakteuren.

Interventionismus bedeutet Eingriffe in die Wirtschaft und Eingriffe in die für eine marktwirtschaftliche Ordnungsstruktur so wichtige freie Preisbildung. Beispiele sind Mietpreisdiktate, Lohnpreisdiktate oder auch Subventionen und die sogenannten Bankenrettungen. Es kommt zu Verzerrungen in der Produktionsstruktur eines Landes. Sie richtet sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen aus, sondern an den politischen Fehlsignalen und der lockeren Geldpolitik.

Die EZB betreibt eine extreme Form davon, sie betreibt HyperInterventionismus. Sie manipuliert
Zinsen, pumpt Geld in die Märkte und verhindert, dass schwache
Unternehmen vom Markt verschwinden. Statt gesunder
Marktprozesse gibt es eine gelenkte
Wirtschaft.

Die großen Gewinner: Finanzeliten

Damit bedient die EZB vor allem Partikularinteressen. Gemeint sind Lobbygruppen, große Banken und internationale Finanzakteure. Diese profitieren von niedrigen Zinsen, billigen Krediten und immer neuen Rettungspaketen.

Für die Bevölkerung, für Sie, bedeutet das dagegen: steigende Schulden, sinkende Kaufkraft, mehr Unsicherheit. Es entsteht ein "Ausbeutungswettbewerb", bei dem Kapital konzentriert und Macht zentralisiert wird.

Nicht nur beim Geld hat der Interventionismus Folgen. Politische Entscheidungen wie das Abschalten von Kraftwerken haben zu einer künstlichen Energieverknappung geführt. Preise explodieren, die Versorgungssicherheit steht infrage. Das sind eigentlich Probleme, die Sie sonst in Schwellenländern erwarten würden. Doch inzwischen betreffen sie uns in Deutschland direkt.

Krisen scheinen heute allgegenwärtig. Doch viele dieser Krisen sind nicht naturgegeben, sondern Ergebnis von eben solchen marktfernen Eingriffen. Hyper-Interventionismus bedeutet in letzter Konsequenz den Gang in die totale Plan- und Kommandowirtschaft.

Wenn die EZB Geld druckt, die Zinsen manipuliert und Märkte und Strukturen verzerrt, entstehen künstliche Booms. Doch auf jeden Boom folgt der Absturz.

So wird eine Spirale von Krisen geschaffen, die Ihren Wohlstand raubt, während große Investoren profitieren.

Eine Spirale, die durch die Pläne, ein digitales Zentralbankgeld einzuführen, durch Überlegungen, einen digitalen Euro einzuführen und das Bargeld abzuschaffen, eine neue, für unsere Freiheit gefährliche Dynamik erhält.

Wenn die Banken im Rahmen einer tiefen Depression ins Wanken geraten, dann steht mit dem digitalen Euro der trojanische Rettungsanker schon bereit. Anstatt ein Konto unter vielen Banken freiwillig wählen zu können, droht die totale

Zwangsmonopolisierung. Die Folge sind die totale Kontrolle und die totale Abhängigkeit. Programmierbares Geld ist kein Fortschritt, es ist der Gang in die digitale Tyrannei.

Genau das gilt es durch
Aufklärungsarbeit zu verhindern.
Helfen Sie dabei, mit der Verbreitung
dieses Manifestes eine
Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Der
digitale Euro kommt nur, wenn die
Menschen ihn akzeptieren. Und wenn
die Menschen die Folgen des digitalen
Euro vor Augen geführt bekommen
und diese nachvollziehen können,
dann wird es keine Akzeptanz für die
digitale Vollkontrolle geben.

"Der Wirtschaftsinterventionismus kann nicht als ein System von Dauer angesehen werden. Er ist lediglich eine Methode, um allmählich und stufenweise vom Kapitalismus zum Kommunismus überzugehen." Ludwig von Mises (1881–1973), österreichischer Ökonom



Petition: Freies Geld – freie Menschen

Präambel

"Lasst uns unser Bargeld – und lasst uns unsere Wahlfreiheit!"

Wir fordern: Keine Abschaffung des Bargeldes! Kein Zwang zum digitalen Zentralbankgeld (CBDC)! Stattdessen: Echter Währungswettbewerb!

Bargeld bedeutet Privatsphäre, Sicherheit und Freiheit. Währungswettbewerb bedeutet: Wir Bürger entscheiden selbst, mit welchem Geld wir bezahlen – ob mit Bargeld, Euro, Gold, Bitcoin oder anderen stabilen Alternativen. Nur Vielfalt im Geldwesen schützt uns vor Machtmissbrauch und Überwachung. Die Europäische Zentralbank will mit der Einführung des digitalen Zentralbankgeldes ihre Macht zementieren. Das wäre das Ende echter Wahlfreiheit.

Wir sagen: Nein zu Kontrolle, ja zu Freiheit!

Unsere Forderungen an den Bundesfinanzminister, die Regierungen der EU-Länder und das EU-Parlament:

- Garantieren Sie das Bargeld!
 Ergänzen Sie die EU Bargeldverordnung (COM/
 2023/364) um eine echte Bargeld Garantie.
- Stoppen Sie das digitale
 Zentralbankgeld (CBDC)!
 Kein "digitaler Euro", der unser
 Privatleben, unsere Wirtschaft und
 unsere Demokratie gefährdet.
- 3. Ermöglichen Sie echten
 Währungswettbewerb!
 Lassen Sie den Menschen die
 Wahlfreiheit zwischen Bargeld,
 Euro und alternativen
 Zahlungsmitteln. Vielfalt stärkt die
 Freiheit, Monopole zerstören sie.

Handeln Sie jetzt!

- ✓ Unterzeichnen Sie die Petition: www.freies-geld.de
- ✓ Teilen Sie die Petition mit Freunden, Familie und Kollegen!
- Werden Sie Teil einer Bewegung für Freiheit und Selbstbestimmung.

Warum das so wichtig ist: Bargeld ist Freiheit. Bargeld ist Privatsphäre. Währungswettbewerb ist Marktwirtschaft in Reinform. Nur Vielfalt schützt uns vor staatlicher Kontrolle.

Freies Geld für freie Menschen – weil Freiheit kein Monopol duldet!

Benjamin Mudlack © 2025 Eine Aktion der Atlas Initiative

